Deutscher Bundestag **Drucksache 20/6742**

20. Wahlperiode 10.05.2023

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Petr Bystron, Steffen Kotré, Eugen Schmidt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6522 –

Uranmunition – Geplante Lieferung durch Großbritannien an die Ukraine sowie mögliche Folgen für Mensch und Umwelt

Vorbemerkung der Fragesteller

Zeitungsberichten zufolge plant Großbritannien die Lieferung von panzerbrechender Uranmunition an die Ukraine (vgl. www.faz.net/aktuell/politik/ausland/uran-munition-fuer-die-ukraine-russland-sieht-darin-eine-art-atomwaffe-18767704.html). Uranmunition wurde bereits in den Jugoslawienkriegen, im Kosovokrieg sowie in den beiden Irakkriegen eingesetzt (vgl. www.welt.de/politik/ausland/article244462294/Uran-abgereicherte-Munition-Diese-Schaeden-werden-uns-noch-viele-viele-Jahre-beschaeftigen.html?icid=search.product.onsitesearch sowie www.faz.net/aktuell/politik/ausland/uran-munition-fuer-die-ukraine-russland-sieht-darin-eine-art-atomwaffe-18767704.html). Für (panzerbrechende) Uranmunition wird abgereichertes Uran verwendet. „Es ist zweieinhalb Mal dichter als Stahl, und beim Aufprall schärft sich seine Spitze sogar noch. Deshalb können DU-Geschosse gepanzerte Ziele nur mit kinetischer Energie durchschlagen, ohne zusätzliche Sprengladung. Dann setzt der zweite Effekt ein: Das Metall schmilzt und setzt eine Wolke kleinster Partikel frei, die mit dem Luftsauerstoff reagieren und sich entzünden. Allein dieses Feuer ist für eine Panzerbesatzung in aller Regel tödlich“ (vgl. www.faz.net/aktuell/politik/ausland/uran-munition-fuer-die-ukraine-russland-sieht-darin-eine-art-atomwaffe-18767704.html).

Kritiker des Einsatzes von Uranmunition verweisen auf Schäden für Mensch und Umwelt, die sich u. a. im Anstieg von Krebserkrankungen und Missbildungen bei Geburten zeigen (vgl. www.welt.de/politik/ausland/article244462294/Uran-abgereicherte-Munition-Diese-Schaeden-werden-uns-noch-viele-viele-Jahre-beschaeftigen.html?icid=search.product.onsitesearch sowie www.nachdenkseiten.de/?p=96028).

1. Hat sich die Bundesregierung zur geplanten Lieferung von Uranmunition durch Großbritannien an die Ukraine eine Auffassung gebildet, und wenn ja, wie lautet diese?

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Auswärtigen Amts vom 9. Mai 2023 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

2. Wird die Bundesregierung die geplante britische Lieferung von Uranmunition an die Ukraine verurteilen bzw. sich bei unserem britischen Partner für die Nichtlieferung einsetzen (bitte begründen)?

Die Fragen 1 und 2 werden zusammen beantwortet.

Die von Russland hergestellte Verbindung von Munition mit abgereichertem Uran als „nukleare Komponente“ weist die Bundesregierung in aller Deutlichkeit zurück. Die Bundesregierung steht bezüglich der Unterstützung der Ukraine im engen Austausch mit Partnern und Alliierten, kommentiert den Inhalt dieser Gespräche aber nicht öffentlich.

3. Liegen der Bundesregierung Studien und Untersuchungen zu den gesundheitlichen Auswirkungen von Uranmunition auf den Menschen vor, und wenn ja, welche (bitte Quelle und Auftraggeber nennen)?

Internationale Organisationen (Umweltprogramm der Vereinten Nationen, Internationale Atomenergie-Organisation) haben die Umweltkontamination sowie die potentielle Strahlenexposition der Bevölkerung in Gebieten, in denen Munition mit abgereichertem Uran (Depleted Uranium, DU) eingesetzt wurde (Kosovo, Serbien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina, Irak und Kuwait), untersucht. Die gemessenen Umweltkontaminationen waren im Hinblick auf die damit verbundene Radioaktivität gering. Dementsprechend sind gemäß Umweltprogramm der Vereinten Nationen und Internationaler Atomenergie-Organisation keine signifikanten Strahlenexpositionen der Bevölkerung zu erwarten.

Diesbezüglich wird auf nachfolgende Quellen verwiesen.

1. IAEA, Radiological conditions in areas of Kuwait with residues of depleted uranium: report by an international group of experts, Radiological Assessment Reports Series, International Atomic Energy Agency, Vienna, 2003.

   www-pub.iaea.org/MTCD/publications/PDF/Pub1164_web.pdf.

   Auftraggeber: Internationale Atomenergie-Organisation.

2. IAEA, Radiological conditions in selected areas of southern Iraq with residues of depleted uranium: report by an international group of experts, Radiological Assessment Reports Series, International Atomic Energy Agency, Vienna, 2010.

   www-pub.iaea.org/MTCD/publications/PDF/Pub1434_web.pdf.

   Auftraggeber: Internationale Atomenergie-Organisation.

3. United Nations, General Assembly, Effects of the use of armaments and ammunitions containing depleted uranium: report of the Secretary-General, A/63/170/Add. 1 (15 September 2008).

   undocs.org/A/63/170/Add.1.

   Auftraggeber: Vereinte Nationen.

4. UNEP/UNCHS Balkans Task Force (BTF), The potential effects on human health and the environment arising from possible use of depleted uranium during the 1999 Kosovo conflict – A preliminary assessment, 1999.

   postconflict.unep.ch/publications/du_final_report.pdf.

   Auftraggeber: Vereinte Nationen.

5. UNEP, Depleted Uranium in Kosovo: Post-conflict Environmental Assessment, 2001.

   postconflict.unep.ch/publications/uranium.pdf.

   Auftraggeber: Vereinte Nationen.

6. UNEP, Depleted Uranium in Serbia and Montenegro: Post-Conflict Environmental Assessment in the Federal Republic of Yugoslavia, 2002.

   postconflict.unep.ch/publications/duserbiamont.pdf.

   Auftraggeber: Vereinte Nationen.

7. UNEP, Depleted Uranium in Bosnia and Herzegovina: Post-Conflict Environmental Assessment, 2003.

   postconflict.unep.ch/publications/BiH_DU_report.pdf.

   Auftraggeber: Vereinte Nationen.

8. UNSCEAR, Biological effects of selected internal emitters—uranium, UNSCEAR 2016 Report to the General Assembly, Annex D, United Nations, New York, 2017.

   www.unscear.org/docs/publications/2016/UNSCEAR_2016_Report-CORR.pdf.

   Auftraggeber: Vereinte Nationen.

4. Liegen der Bundesregierung Studien und Untersuchungen zu den Auswirkungen von Uranmunition auf die Umwelt vor, und wenn ja, welche (bitte Quelle und Auftraggeber nennen)?

Uran ist ein Element, das auch natürlich in der Umwelt vorkommt. Die radiotoxischen Auswirkungen von Munition mit abgereichertem Uran auf Natur und Umwelt hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, wie zum Beispiel der Menge der eingesetzten Munition mit abgereichertem Uran, der physikalischen und chemischen Form des abgereicherten Urans nach dem Beschuss, der Korrosion von Munitionsfragmenten und den Umweltbedingungen im betroffenen Gebiet.

Die Strahlenschutzkommission (SSK) gibt in der Empfehlung „Schutz der Umwelt im Strahlenschutz" Kontaminationswerte der Umweltmedien Wasser, Boden und Luft an, die als Maßstab für den Schutz von nichtmenschlichen Arten und Ökosystemen geeignet sind.

Auf nachfolgend genannte Quellen wird verwiesen:

Zur Umweltkontamination die in der Antwort zu Frage 3 genannten Quellen.

SSK, Empfehlung „Schutz der Umwelt im Strahlenschutz“ (verabschiedet in der 286. Sitzung der Strahlenschutzkommission am 01. Dezember 2016).

www.ssk.de/SharedDocs/Beratungsergebnisse_PDF/2016/2016-12-01_Empf_SchutzderUmwelt.pdf?__blob=publicationFile.

Auftraggeber: Bundesumweltministerium (Beratungsauftrag).

5. Wird sich die Bundesregierung innerhalb der NATO für eine einheitliche Haltung zum Einsatz von Uranmunition einsetzen (wenn ja, bitte die Positionierung angeben; wenn nein, bitte begründen)?

Das Thema „Munition mit abgereichertem Uran“ wird gegenwärtig vorranging im VN-Rahmen behandelt. Dort beteiligt sich die Bundesregierung an den entsprechenden Diskussionen.

6. Sind der Bundesregierung weitere NATO-Mitgliedstaaten – außer Großbritannien und Italien – bekannt, in denen Soldaten Entschädigungszahlungen aufgrund des Einsatzes von Uranmunition erhalten haben (vgl. www.t-online.de/nachrichten/deutschland/militaer-verteidigung/id_86252142/bundeswehr-mehr-als-200-deutsche-soldaten-mit-uran-verseucht-.html; bitte die Staaten aufzählen)?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

7. Verfügt die Bundesregierung über eigene oder fremde Erkenntnisse (auch geheimdienstliche), dass Russland im Ukraine-Krieg Uranmunition einsetzt bzw. plant, diese einzusetzen, und wenn ja, hat sich die Bundesregierung zu dem Einsatz von Uranmunition durch Russland eine Positionierung erarbeitet (vgl. www.faz.net/aktuell/politik/ausland/uran-munition-fuer-die-ukraine-russland-sieht-darin-eine-art-atomwaffe-18767704.html, wenn ja, bitte entsprechend ausführen)?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

8. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über Staaten in der NATO, die über Uranmunition verfügen und diese ggf. schon eingesetzt haben (wenn ja, bitte die Staaten nennen)?

9. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über Nicht-NATO-Staaten, die über Uranmunition verfügen und diese ggf. schon eingesetzt haben (wenn ja, bitte die Staaten nennen)?

Die Fragen 8 und 9 werden zusammen beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine eigenen, über Medienberichte hinausgehenden Erkenntnisse im Sinne der Fragestellungen vor.

10. Sieht die Bundesregierung die Sicherheit und Gesundheit der Bürger Deutschlands durch die Lagerung von US-amerikanischer Uranmunition in Deutschland gefährdet (bitte begründen; vgl. www.nachdenkseiten.de/?p=96028)?

Uran-Munition enthält abgereichertes Uran. Die Strahlung, die von abgereichertem Uran und seinen durch radioaktiven Zerfall entstehenden Folgenukliden ausgeht, wird durch den Penetrator selbst, das ihn umgebende Material der Patrone, den Lagerbehälter sowie die umgebenden baulichen Strukturen (zum Beispiel Munitionsbunker, Lagergebäude) vollständig (Alpha- und Betastrahlung) oder weitgehend (Gammastrahlung) abgeschirmt. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 5 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/17875 verwiesen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333